

# PROTOKOLL

# über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppenburg am Dienstag, dem 21.11.2023, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des Kreishauses in Cloppenburg

#### **Anwesend**

24. Kreisverwaltungsrätin

<u>Vors</u> 1.	sitzende/r	Christa Preuth-Stuke				
1.	Kreistagsabgeordnete	Christa Preuth-Stuke				
<u>Mitg</u>	<u>ilieder</u>					
2.	Kreistagsabgeordnete	Carolin Abeln				
3.	Kreistagsabgeordneter	Ulf Dunkel Vertretung für Herrn Stephan Christ				
4.	Kreistagsabgeordnete	Ruth Fangmann				
5.	Kreistagsabgeordneter	Bernhard Hackstedt Vertretung für Herrn Hermann Schröer				
6.	Kreistagsabgeordneter	Herbert Holthaus				
7.	Kreistagsabgeordneter	Johannes Kalvelage				
8.	Kreistagsabgeordneter	Klaus Karnbrock				
9.	Kreistagsabgeordneter	Detlef Kolde Vertretung für Herrn Henning				
		Stoffers				
10.	Kreistagsabgeordneter	Dirk Koopmann				
11.	Kreistagsabgeordneter	Josef Osterkamp				
12.	Kreistagsabgeordneter	Stefan Riesenbeck				
13.	Kreistagsabgeordneter	Frank Tönnies Vertretung für Herrn Ras- mus Braun				
14.	Kreistagsabgeordneter	Dr. Sebastian Vaske				
15.	Kreistagsabgeordnete	Judith Vey-Höwener				
Zugewählte beratende Mitglieder						
	Der Paritätische	Dorothee Rensen				
17.		Marlies Kleefeld Vertretung für Frau Marti- na Fisser				
18.	Caritas	Beate Oltmann Vertretung für Herrn Dietmar Fangmann				
19.	Deutsches Rotes Kreuz	Johannes Wilhelm				
Verwaltung						
	Erster Kreisrat	Ludger Frische				
21.	Ärztin im Gesundheitsamt	Manuela Fastje				
22.	Gleichstellungsbeauftragte	Marén Feldhaus				
23.		Carola Krenke				
Prof	Protokollführer/in					
	14 1 14 14	0 1 11 1				

Sandra Helmes

### PROTOKOLL über die Sitzung des Sozialausschusses am 21.11.2023



Es fehlte/n:

25. Kreistagsabgeordneter Sven Sager

26. Vertreter des Beirates für Menschen

mit Behinderung

27. Verein der Integrationslotsen im Landkreis Cloppenburg e. V.28. Arbeiterwohlfahrt

Jan-Gustav Ahlers

Mina Amiry

Brigitte Siebum



### Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Einwohnerfragestunde
- 4. Genehmigung des Protokolls
- 5. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf V-SOZ/23/170 Gewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten zur Unterstützung sexual-pädagogischer Präventionsarbeit in Schulklassen für die Jahre 2024 2026
- 6. Antrag des Vereins "Kontaktstelle und Krisendienst im Land- V-SOZ/23/171 kreis Cloppenburg e.V." auf Gewährung eines Zuschusses für den nichtärztlichen Krisendienst für die Jahre 2024 2026 in Höhe von jährlich bis zu 21.700 EUR
- 7. Anregungen und Beschwerden
- 8. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 9. Mitteilungen

# 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmer\*innen sowie die Besucher\*innen und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende Preuth-Stuke begrüßte als neues beratendes Mitglied für den ausgeschiedenen Herrn Hans-Jürgen Lehmann Frau Dorothee Rensen vom Paritätischen. Es erfolgte die ordnungsgemäße Pflichtenbelehrung von Frau Rensen.



#### 2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlich – angenommen.

#### 3. Einwohnerfragestunde

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

#### 4. Genehmigung des Protokolls

Die Niederschrift über die Sitzung am 12.09.2023 wurde – bei 3 Enthaltungen – einstimmig genehmigt.

5. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf Gewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten zur Unterstützung sexualpädagogischer Präventionsarbeit in Schulklassen für die Jahre 2024 - 2026 Vorlage: V-SOZ/23/170

Frau Fastje, stellvertretende Leitung des Gesundheitsamtes, trug den Zuschussantrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SKF) entsprechend der Vorlage vor und sprach sich für eine weitere Gewährung des Zuschusses aus. Die Mittel hierfür seien bereits im Haushalt eingeplant.

Kreistagsabgeordnete Fangmann erkundigte sich, welchen Stundenumfang die Beschäftigung der männlichen Fachkraft habe. Dies beantwortete Frau Fastje mit 10 Stunden.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock erklärte, dass die CDU diesen Antrag als sehr positiv befürworte. Er würde gerne wissen, ob es sich um einen festen Zuschuss handele oder ob der Zuschuss bis zu dieser Höhe gewährt werden könne. Tarifanpassungen würden ansonsten schnell zu weiteren Erhöhungen der Zuschüsse führen.

Hierzu erklärte Frau Fastje, dass es sich um einen festen Zuschuss handele, in dem die voraussichtlichen Tarifanpassungen bereits berücksichtigt seien.

Der Antrag werde auch von der SPD unterstützt, so Kreistagsabgeordneter Riesenbeck. Es sei insbesondere begrüßenswert, dass in der sexualpädagogischen Beratungsarbeit eine männliche Kraft eingesetzt werde.



Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. für die Jahre 2024 bis 2026 jeweils einen Zuschuss in Höhe von 16.165,16 EUR zu gewähren.

6. Antrag des Vereins "Kontaktstelle und Krisendienst im Landkreis Cloppenburg e.V." auf Gewährung eines Zuschusses für den nichtärztlichen Krisendienst für die Jahre 2024 - 2026 in Höhe von jährlich bis zu 21.700 EUR Vorlage: V-SOZ/23/171

Frau Fastje trug zum Sachverhalt entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die Kontaktstelle und der Krisendienst sich über die vielen Jahre im Landkreis Cloppenburg etabliert habe. Diese Arbeit müsse unbedingt weiter unterstützt werden. Die Anlaufstelle sei für psychisch erkrankte Menschen sehr wichtig, insbesondere auch an Wochenenden und Feiertagen. Positiv hervorzuheben sei, dass hier eine Festbetragsregelung erfolge und somit eine Diskussion über Stundensätze entfalle.

Vorsitzende Preuth-Stuke wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag auf den Kreistag und nicht auf den Sozialausschuss lauten müsse.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, dem Verein "Kontaktstelle und Krisendienst im Landkreis Cloppenburg e.V." für die Jahre 2024 - 2026 einen Zuschuss in Höhe von jährlich bis zu 21.700 EUR zu gewähren.

# 7. Anregungen und Beschwerden

Kreistagsabgeordneter Dunkel regte an, dass bei Sitzungen, in denen nur wenige Tagesordnungspunkte wie hier die beiden Zuschussanträge zu entscheiden seien, die Anbieter/Vereine für eine Vorstellung ihrer Arbeit eingeladen würden.

Erster Kreisrat Frische nahm diese Anregung gerne auf und verwies auf die geplante Vorstellung der Drobs-Drogenberatungsstelle in der nächsten Sitzung.

Ergänzend trug Kreistagsabgeordneter Hackstedt vor, dass man auch wie vor Corona die Einrichtungen besuchen könne.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck bemängelte die langen Bearbeitungszeiten von Anträgen auf stationäre Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII von bis zu 8 Monaten. Andere Landkreise würden deutlich schneller arbeiten und dies wüssten die Pflegeheime. Hier müssten dringend die Abläufe optimiert werden.



Hierzu erläuterte Kreisverwaltungsoberrätin Krenke, dass bekannt sei, dass die Bearbeitungszeiten sehr lang seien. Dies sei aber auch bei anderen Landkreisen der Fall, wie man aus gemeinsamen Besprechungen wisse. Der Landkreis Cloppenburg sei intensiv dabei, Abläufe zu verschlanken und zu optimieren. Zudem sei das Personal aufgestockt worden. Allerdings sei angesichts der rechtlich komplexen Materie eine umfangreiche Einarbeitung erforderlich. Hinzu komme, dass es im Landkreis Cloppenburg sehr viele Bewohner in Pflegeheimen gebe, bei denen ein Eigenheim vorhanden sei. Dies erschwere schnelle Entscheidungen.

Sie werde berichten, wenn die Arbeitsabläufe in der Abarbeitung der Anträge optimiert seien.

# 8. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Anfragen lagen nicht vor.

#### 9. Mitteilungen

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke trug zum Sachstand Asyl vor.

Die Aufnahmequote für den Zeitraum 01.10.2023 – 31.03.2024 liege bei 664 Personen. Dies seien überwiegend keine Ukrainer, sondern Flüchtlinge aus anderen Ländern. Anfang November habe es im Landkreis Cloppenburg 190 freie Plätze in Gemeinschaftsunterkünften und 293 freie Plätze in Wohnungen gegeben. Allerdings müsse man wissen, dass diese Plätze nicht vollständig zu belegen seien, da die Konstellation der Bewohner berücksichtigt werden müsse.

Bis Mitte November seien dem Landkreis 237 Personen zugewiesen worden. Darin seien die selbständig eingereisten Ukrainer eingerechnet.

Bei einer Veranstaltung in Hannover in der letzten Woche, an der Erster Kreisrat Frische teilgenommen habe, habe Frau Dr. Graf, Leiterin der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB Ni), die vorsichtig optimistische Einschätzung abgegeben, dass die Flüchtlingszahlen in Niedersachsen rückläufig seien. Seien bisher 1.300 – 1.400 Flüchtlinge in der Woche gekommen, so habe sich dies derzeit auf 700 – 800 pro Woche reduziert.

Seit dem 15.11.2023 hat die LAB Ni die Jugendherberge an der Talsperre angemietet. Hier können 170 Flüchtlinge untergebracht werden. Insgesamt beabsichtige die LAB Ni die Aufstockung auf 20.000 Plätze in Niedersachsen.

Die Wohnraumsituation im Landkreis sei, wie aus der Presse bekannt ist, sehr angespannt. Wohnraum werde dringend gesucht, sowohl Wohnungen als auch Wohnraum, der für die Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünfte geeignet sei.

Hierzu ergänzte Erster Kreisrat Frische aus der Veranstaltung in Hannover, dass der Landkreis Cloppenburg im Gegensatz zu anderen Kollegen aus Niedersachsen noch verhältnismäßig gut dastehe. Dort seien die Probleme, die Flüchtlinge unterzubringen, gravierender. Auch Sporthallen seien im Einsatz.

Im Landkreis Cloppenburg sei bisher noch immer Wohnraum vorhanden. Erster Kreisrat Frische lobte den Einsatz der Bürger hinsichtlich der Bereitschaft, diesen Wohnraum bereit zu



stellen. Er appelliere an die Bürger, diese Bereitschaft auch weiterhin beizubehalten und zu überlegen, ob Wohnraum, der für Ukrainer angemietet wurde, auch für andere Nationalitäten zur Verfügung gestellt werden könne.

Kreistagsabgeordnete Fangmann erkundigte sich, ob tatsächlich ausreichend Wohnraum vorhanden bzw. zu beschaffen sei oder ob doch die Einrichtung einer Sammelunterkunft erforderlich sei.

In den letzten Flüchtlingswellen sei es im Landkreis Cloppenburg immer gelungen, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen, so Erster Kreisrat Frische. Sollte nicht ausreichender dezentraler Wohnraum akquiriert werden können, so müsse man über die Einrichtung einer Notunterkunft nachdenken. Dies sei aber nur der Notfallplan.

Im letzten Jahr habe es für die Ukraine-Flüchtlinge eine sehr hohe Bereitschaft gegeben, zu helfen und Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sagte Kreistagsabgeordneter Karnbrock. Diese Bereitschaft müsse auf alle Flüchtlinge übertragen werden. Vermieter sollten konkret darauf angesprochen werden.

Kreistagsabgeordneter Dunkel fragte nach einer Statistik, aus der sich ergebe, wie viele der Flüchtlinge in Deutschland verbleiben würden und wie viele in ihr Heimatland zurückgehen würden. Erster Kreisrat Frische sagte zu, dass dies bei der Ausländerbehörde abgefragt werde.

(Anmerkung: Seitens der Ausländerbehörde ist die Rückmeldung erfolgt, dass eine entsprechende Statistik nicht geführt oder erstellt werden kann.)

Hierzu ergänzte Kreistagsabgeordneter Karnbrock, dass viele Flüchtlinge hier eine familiäre Bindung hätten und daher bleiben würden. Einige würden auch in anderen Länder weiterziehen.

Die Situation vor Ort mit der neu festgesetzten Quote und den wöchentlichen Zuweisungen erzeuge auf politischer Ebene viel Druck, so Kreistagsabgeordneter Kolde. Es sei daher interessant zu wissen, wie sich die Zahlen und die Kosten entwickelt hätten.

Es hat eine enorme Kostensteigerung gegeben, so Erster Kreisrat Frische. Wie die Erstattung vom Bund künftig aussehe, sei derzeit nicht absehbar. Die Ministerpräsidentenkonferenz habe dies mit Bundeskanzler Scholz beschlossen; allerdings sei völlig unklar, wie und in welcher Höhe Mittel an die Kommunen weitergegeben würden. Außerdem werde die Pauschale pro Asylbewerber zeitversetzt gezahlt.

Es wäre gut, wenn eine Umrechnung der Kosten und Erstattungen pro Flüchtling erfolgen könne, so Kreistagsabgeordnete Fangmann.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock führte an, dass der fehlende Wohnraum zu steigenden Preisen führe und unzulängliche Räumlichkeiten zu überteuerten Preisen angeboten würde. Hierzu meinte Kreistagsabgeordneter Riesenbeck, dass es in 2015/16 eine ähnliche Situation gegeben habe, die für den Landkreis Cloppenburg finanziell gut ausgegangen sei. Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass es im Gegensatz zu anderen Kommunen hier noch günstigen Wohnraum gebe. Er gab zu Bedenken, ob aufwendige Kostenkalkulationen Sinn machen würden.

Auf nochmalige Nachfrage sagte Erster Kreisrat Frische, dass man die Zahl der Asylbewerber den Kosten gegenüberstellen werde.

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke gab zu Bedenken, dass die Verwaltung prüfen werde, welche Zahlen ohne großen Aufwand benannt werden könnten.



# Nachtrag:

Folgende Endergebnisse wurden unter Berücksichtigung der Aufwendungen und Erträge im Bereich Asyl in den Jahren 2015 – 2022 erzielt:

Jahr	2015	2016	2017	2018	
Ergebnis	- 5.968.978,66 €	- 7.703.846,64 €	12.597.289,10 €	2.929.188,52 €	

2019	2020	2021	2022	Summe
		182.684,47		
282.364,60 €	536.532,52 €	€	- 3.847.412,11 €	- 992.178,20 €

Insgesamt betrug das Defizit in diesem Zeitraum rd. 1 Mio. EUR.

Um 17:35 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende Erster Kreisrat Protokollführerin